



**Kreiswahlprogramm
für die Kommunalwahl in
Oberhavel
am 09. Juni 2024**



Inhalt

0. Für ein lebenswertes Oberhavel	3
1. Bildung ist die Antwort auf (fast) alles	3
Bildung ermöglichen – 10 Punkte für beste Bildung aller	3
1.1 Rasche Schaffung neuer Schulstandorte und -plätze	4
1.2. Gesundes und vollwertiges Schul- und Kitaessen	4
1.3 Inklusive Bildungsangebote	5
1.4 Digitalisierung ermöglichen	5
1.5 Strategisches Sanierungsprogramm.....	5
1.6 Fokus Sportplätze und Außenanlagen	6
1.7 Schall- und Hitzeschutz sind Gesundheitsschutz und Lernförderung	6
1.8 Frühe, schnelle Förderung	6
1.9 Sportförderung.....	6
1.10 Lebenslanges Lernen.....	7
2. Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.....	7
2.1 Natur- und Umweltschutz.....	7
2.2 Wasserschutz	8
2.3 Klimaschutz und Energiewende voranbringen.....	9
2.4 Agrarwende lokal gestalten	10
3. Mobilität, garantiert nachhaltig und umfassend.....	11
4. Wohlstand und Lebensqualität für Alle.....	13
4.1 Kinder, Jugendliche und Familien gehören in den Mittelpunkt.....	13
4.2 Ein selbstbestimmtes Leben in jedem Alter	15
4.3 Für ein soziales und gerechteres Oberhavel	16
4.3 Willkommenskultur stärken - Zuwanderung ist Vielfalt und Bereicherung	16
4.4 Demokratie, Transparenz, Verwaltung, Digitalisierung.....	17
4.5 Wirtschaft und Strukturwandel	18
4.6 Kultur, Tourismus und Lebensqualität.....	19
4.7 Oberhavel und Europa	20

Dieses Wahlprogramm wurde auf der Kreismitgliederversammlung am 11.01.2024 beschlossen.

0. Für ein lebenswertes Oberhavel

Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhavel, verankern unser politisches Handeln fest in den **Prinzipien von ökologischer Verantwortung, sozialer Gerechtigkeit** und dem **Streben nach einer lebendigen Demokratie**. Wir wollen, dass in Oberhavel alle Menschen vollständig an der Gesellschaft teilhaben können und die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung ihrer Potenziale erhalten.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises ein, die ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte in Einklang bringt.

Unsere Vision für Oberhavel beinhaltet eine lebendige Demokratie, transparente politische Entscheidungen, aktive Bürgerbeteiligung und eine moderne, digitale Verwaltung. Wir streben eine ausgewogene und nachhaltige Wirtschaftsförderung an, die den Strukturwandel begleitet und Fachkräfte gewinnt. Unser Ziel ist es, Oberhavel als einen Ort zu gestalten, der in vielerlei Hinsicht attraktiv ist als Wirtschaftsstandort für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft wie auch als Lebensmittelpunkt für Familien in verschiedenen Lebensphasen, Zugewanderte oder schon immer hier Lebende.

In diesem umfassenden Programm präsentieren wir unsere Vorstellungen und konkreten Maßnahmen für ein zukunftsweisendes Oberhavel, in dem soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und demokratische Werte die Grundpfeiler einer nachhaltig erfolgreichen Gemeinschaft sind.

1. Bildung ist die Antwort auf (fast) alles

Bildung ermöglichen – 10 Punkte für beste Bildung aller

Wir wollen, dass jedes Kind nach seinen individuellen Voraussetzungen gefördert und gefordert wird, so dass es sich bestmöglich entwickelt – in seiner Persönlichkeit und in seinen Kompetenzen. Ziel der Bildungspolitik in Oberhavel ist es, gleichwertige Lebenschancen für alle zu schaffen, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitbestimmung für alle zu verwirklichen. Wir wollen Menschen in Oberhavel den Weg zu ihrem passenden Bildungsabschluss ermöglichen.

Gute Bildungschancen sind eine wichtige Grundlage für die Entwicklung unseres Landkreises. Bildung beginnt in der Kita und endet nicht im Rentenalter. Lernen bedeutet heute lebenslanges Lernen. Unternehmen und ihre Mitarbeiter*innen entscheiden sich für Oberhavel, solange es dort gute Kitas und gute Schulen gibt.

Der Landkreis Oberhavel soll zu einer modernen, vielfältigen und nachhaltigen Bildungslandschaft weiterentwickelt werden. Deshalb halten wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Investitionen in eine Bildungsoffensive für dringend erforderlich.

Der Landkreis ist Träger der meisten weiterführenden Schulen, beruflichen Schulen und Förderschulen – er ist damit verantwortlich für die äußeren Schulangelegenheiten (Schulplätze, Gebäude, Ausstattung, Digitalisierung, Schulsozialarbeit). Für die Grundschulen sind die Kommunen verantwortlich. Im Bereich frühkindlicher Bildung und Erziehung in den Kitas setzt der Landkreis den Rahmen. Volkshochschule, Musikschule, Regionalmuseum – der Landkreis prägt mit vielen Einrichtungen die Bildungslandschaft Oberhavels.

1.1 Rasche Schaffung neuer Schulstandorte und -plätze

Der Landkreis soll zukunftsorientiert in Bildung investieren und schnell neue Schulstandorte schaffen. Viel zu lange wurde der Bedarf zu niedrig angesetzt. Deshalb müssen Schulen heute mehr Züge einrichten als in der Planung vorgesehen, es entstehen sehr große Schulen. Das ist keine vorausschauende Politik. **Wir fordern, dass Zuzüge und neue Wohngebiete in die Schulentwicklungsplanung einbezogen werden.** Wir befürworten die Gründung einer neuen Gesamtschule im Westen Oberhavels (Velten), aber auch eine neue kleine Oberschule für Oberkrämer. Im Südosten Oberhavels (Schönfließ) gibt es ebenfalls Bedarf für eine Gesamtschule mit gymnasialem Zweig. Die überlastete Torhorst-Gesamtschule in Oranienburg wollen wir entlasten, indem wir die Oberschule in Lehnitz ausbauen und zu einer Gesamtschule weiterentwickeln. Die Oberschule in Fürstenberg soll im neuen Gebäude wieder eröffnet werden. Bei der Schaffung neuer Schulstandorte folgen wir **zwei Grundsätzen**:

- gleiche Bildungschancen für alle im Landkreis und
- wohnortnahe Schulen, an denen höchstmögliche Abschlüsse erreicht werden können.

Planungen sollen immer eine „Phase 0“ umfassen. Das bedeutet: Die Bildungsakteure (Eltern, Lehrkräfte, Schüler*innen) beteiligen sich frühzeitig. Pädagogische Konzepte sollen die Grundlage für Bauplanung sein – nicht umgekehrt.

1.2. Gesundes und vollwertiges Schul- und Kitaessen

Wir halten frisch gekochtes Essen aus schuleigenen Küchen für den besten Weg, um **allen Schüler*innen und Kitakindern ein frisches und biologisch wertvolles Mittagessen zu ermöglichen.** Wir setzen uns für eine entsprechende Finanzierung ein, wenn Schulen und Kinder-tagesstätten vom Catering auf eine hauseigene Küche umstellen wollen. Auch für die Gestaltung von ansprechenden Aufenthalts- und Essensräumen wollen wir mehr finanzielle Mittel bereitstellen.

1.3 Inklusive Bildungsangebote

Individuelle Förderung eines jeden Kindes ist der Kern guter Bildungspolitik. Jeder Hort, jede Schule muss so aufgestellt sein, dass sie jedes Kind willkommen heißen und entsprechend seiner Voraussetzungen fördern und begleiten kann. Dafür kann der Landkreis viel tun: genug Platz und zusätzliche Räume für Teilungsunterricht, selbstverständlich Barrierefreiheit an allen Schulstandorten, Sport- und Bildungseinrichtungen. Der Landkreis kann die Bedingungen dafür schaffen, dass sich mehr Oberhaveler Schulen für das Programm „Gemeinsames Lernen“ entscheiden. Inklusive Bildung umfasst auch den Sport: Angebote durch die Vereine sollen erweitert werden. Wir fordern ein inklusives Gesamtkonzept des Landkreises, in dem das Zusammenspiel aller Institutionen beschrieben wird.

1.4 Digitalisierung ermöglichen

Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit: **In unseren Schulen und in jedem Hort sollen die gleichen digitalen Standards gelten wie in der Welt drum herum.** Schnelles WLAN, funktionierende Endgeräte wie auch Präsentationstechnik – all das muss in sämtlichen Bildungseinrichtungen für Lehrende und Lernende Oberhavels einsetzbar sein. Aus alten Fehlern lernen wir: Wir unterstützen regelmäßige Technik-Fortbildungen für pädagogisches Personal und planen Kräfte zur Administration und Wartung der Geräte von vorneherein mit ein. Der kurzfristige Ersatz defekter Geräte muss unkompliziert ermöglicht werden. Geeignete Technik ist ein notwendiges Hilfsmittel für eine zeitgemäße Vermittlung von Lerninhalten und die essenzielle Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf den nächsten Bildungsschritt wie auch das Berufsleben. Die von uns auf den Weg gebrachte Weiterentwicklung des Kreismedienzentrums zum IT-Kompetenzzentrum des Landkreises muss daher zügig umgesetzt werden. Wir setzen uns zudem dafür ein, die Bildungseinrichtungen so umfassend zu vernetzen, dass kommunale Grundschulen ebenso als Nutzerinnen einbezogen werden können.

1.5 Strategisches Sanierungsprogramm

Schulgebäude brauchen eine stetige Pflege und Sanierung. Ausgefallene Unterrichtsstunden wegen tropfender Decken darf es nicht geben. **Deswegen halten wir mindestens eine*n Hausmeister*in pro Schule für erforderlich.** Bei allen Sanierungen und Planungen ist es wichtig: **Schüler*innen gestalten ihre Schule umfassend mit,** in dieser Form reduziert das Beteiligungsverfahren beispielsweise Schäden durch Vandalismus. Zufriedenheit, Mitverantwortung und Identifikation mit den Lernorten stärken den Erhalt der baulichen Substanz. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die energetische Sanierung der Schulen und Sportstätten Priorität.

1.6 Fokus Sportplätze und Außenanlagen

Bewegung gehört zum Lernen wie Luft zum Atmen. **Unser Landkreis Oberhavel soll in beste, modernste Sportplätze und Sporthallen investieren.** Da ist in den vergangenen Jahren zu wenig passiert. Die weiterführenden Schulen, die in letzter Zeit in Kreis-trägerschaft übernommen wurden, haben Nachholbedarf. Schulhöfe und Außenanlagen sollen als Erholungs- und Lernorte in den Fokus neuer Planungen auch für die ganztägige Nutzung rücken. Die Anpassung an die Klimaveränderung durch entsprechende Be-pflanzung und Beschattung ist ein wichtiges Thema. Grüne, naturnahe Erfahrungsräume, Schulgarten-Projekte etc. verdienen Förderung und Unterstützung.

1.7 Schall- und Hitzeschutz sind Gesundheitsschutz und Lernförderung

Bei Planungen und Sanierungen von Schulgebäuden werden Schall- und Hitzeschutz immer noch zu wenig bedacht. Was in Bürogebäuden der Norm entspricht, soll uns in Klassen- und Lernräumen ebenso selbstverständlich sein. Zu hohe Lautstärke und zu große Hitze beeinträchtigen oft massiv den Unterricht. **Der Schulträger kann durch bauliche Maßnahmen direkt in den Lernerfolg und die Gesundheit der Lehrenden und Lernenden im Landkreis Oberhavel investieren, indem Schallschutz- und Hitzeschutz-konzepte umgesetzt werden.**

1.8 Frühe, schnelle Förderung

Die Grundlage des Bildungserfolgs wird im frühkindlichen Alter gelegt. Dafür ist eine gute Zusammenarbeit des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes mit den Schulen wichtig. Auch die **Schuleingangsuntersuchungen** in der Verantwortung des Landkreises **eröffnen Chancen**, indem Förderbedarfe früh erkannt werden. Die **Sprechzeiten in den Außenstellen sind auszuweiten.** Wir haben vor, den steten Austausch der Akteure zu orga-nisieren. Besonderes Augenmerk legen wir auf Sprachförderung, denn das sichere Beherrschen der Sprache ist ein Schlüssel für soziokulturelle Teilhabe und berufliche Per-spektive.

1.9 Sportförderung

Sportförderung bedeutet Förderung der Gesundheit, des Vereinslebens und des sport-lichen Wettbewerbs. In Oberhavel gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich in Vereinen sportlich zu betätigen und zu engagieren. Gerade für Kinder und Jugendliche verändern sich sportliche Vorlieben. Deshalb sollen Vereine ihre Trainer*innen und Mitarbeiter*-innen weiterbilden können und dabei wollen wir sie unterstützen. Die Sportanlagen sollen neben dem Schulsport und dem Vereinssport auch von anderen Aktiven jeden Alters genutzt werden können. Sportstätten sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein.

1.10 Lebenslanges Lernen

Lernen heißt Veränderung von Verhalten. Stets sind wir alle darauf angewiesen, unser Verhalten entsprechend neuer Lebensumstände zu verändern. Damit **alle Menschen gute verlässliche Zugänge zu digitalen Medien** haben, müssen die Bandbreiten der digitalen Netze weiter ausgebaut werden.

Die **Volkshochschule Oberhavel** geht jedes Semester mit einem umfangreichen Programm an den Start. Für Menschen im Norden des Landkreises fehlen jedoch Kurse in der Nähe, dies muss sich ändern.

Zum Lernen gehört Beratung. Mal fehlt Personal, mal fehlt ein Netzwerk – wir erwarten regelmäßige **Updates der Beratungsstellen im Landkreis**, damit niemand mit seinen Fragen und Problemen auf der Strecke bleibt.

2. Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen

2.1 Natur- und Umweltschutz

Grüne Wiesen, wogende Getreidefelder, ausgedehnte Wälder und dazwischen Seen: So schön erscheint Oberhavel in den Beschreibungen des Landkreises. Bei genauerem Hinsehen müssen wir jedoch feststellen: Auf den Wiesen blühen höchstens noch Allerweltsarten, im Getreide sind Beikräuter dem Pestizideinsatz geopfert worden, der Wald besteht oft nur noch aus Kiefern in Reinkultur und an das frühsommerliche Konzert von Fröschen und Kröten können wir uns kaum noch erinnern. All das zeigt die intensive Nutzung unserer Kulturlandschaft, einer Landschaft, die trotz des schönen Anscheins doch längst aus dem Gleichgewicht geraten ist. Hinzu kommen die Folgen des Klimawandels wie anhaltende Trockenheit mit verheerenden Waldbränden und Sandstürmen oder Starkregenereignisse mit Überschwemmungen.

Umwelt- und Klimaschutz sind die aktuell drängendsten Aufgaben, die es zum Erhalt unserer Lebensgrundlage zu lösen gilt. Um das Artensterben und den Klimawandel wenigstens abzumildern, ist unser aller Handeln nötig und zwar jetzt.

Die neuen Gesetze zur Planungsbeschleunigung setzen höhere Anforderungen an das Verwaltungshandeln. Für Eingriffe in den Naturhaushalt sind Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen gesetzlich vorgeschrieben. Insbesondere fehlt es in Oberhavel an einer regelmäßigen Überprüfung zum Zustand der durchgeführten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und einer sich daraus ergebenden möglichen Nachsteuerung. Wir setzen uns daher für **ein öffentlich einsehbares Kataster der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen** und einer regelmäßige Überprüfung der hier aufgeführten Flächen ein.

Für die vielen **ehrenamtlichen Naturschutzhelfer** wollen wir **klar benannte Ansprechpartner** in der Unteren Naturschutzbehörde. Damit soll dem Ehrenamt eine verlässliche Struktur zur Seite gestellt werden, die eine Vermittlungsinstanz zwischen Verwaltungshandeln und gesellschaftlichem Anspruch bildet.

Für **Bodenversiegelungen** müssen an anderer Stelle **versiegelte Flächen zurückgebaut werden**. Daher wollen wir, dass rückbaufähige Flächen erfasst werden und vom Landkreis dazu ein entsprechendes Kataster erstellt und veröffentlicht wird. Bürger*innen sollen ermuntert werden, entsprechende Flächen vorzuschlagen bzw. anzubieten. Beispielgebend soll der ehemalige betonierte Bewässerungsgraben vom Voßkanal bei Zehdenick zum Falkenthaler Luch beseitigt werden, da er seit 1991 außer Betrieb, zum Teil undicht und vermüllt und zudem eine Gefahr für das Wild und der Gegend unkundige Besucher ist. Auf dem Großteil des Verlaufs kann danach ein Waldsaumbiotop angelegt werden.

Mit der Aufhebung der Brandenburgischen Baumschutzverordnung in 2010 wurde der **Baumschutz Aufgabe der Kommunen**. Eine grundsätzliche Regelung besteht nach wie vor für bestimmte Landschaftselemente, so etwa für Bäume in Alleen, Natur- und Landschaftsschutzgebieten oder im Geltungsbereich gemeindlicher Baumschutzsatzungen (Innenbereich). Für den Außenbereich im Landkreis, so etwa an Kreis- oder Landesstraßen, an Landwirtschafts- oder Radwegen fehlt diese. Da mit einer **Baumschutzsatzung** geregelt werden kann, welche Bäume bzw. Baumarten geschützt werden, welche Pflegemaßnahmen zulässig sind und wie bei Entnahme Ausgleich geschaffen wird, setzen wir uns für die **Aufstellung einer solchen Satzung** ein.

Damit schaffen wir gleichzeitig eine für die Bürger*innen nachvollziehbare Grundlage in der immer wieder stattfindenden Diskussion um Baumpflege und Fällungen im öffentlichen Raum. Für die Wälder im Besitz des Landkreises streben wir eine naturnahe Bewirtschaftung und entsprechende Zertifizierung an.

2.2 Wasserschutz

Das Niederschlagsdefizit der letzten Jahre ist nur ein Vorbote des Klimawandels. Daher muss ein **sparsamer Umgang mit Wasser erreicht** und eine **öffentliche Diskussion über die Verteilung der knapper werdenden Ressource** geführt werden. Grundwasserentnahmen wollen wir stärker kontrollieren und an eine Umweltprüfung knüpfen. Beim Ausschöpfen unserer Wasserressourcen sind auch Renaturierungen von Gewässern sowie die Bereitstellung von Wasser zur Moorerneuerung und zu arten- und biotopschützenden Zwecken angemessen zu berücksichtigen.

Ein besonderes Augenmerk muss der **Renaturierung der Schnellen Havel** beigemessen werden. Um hier zumindest unterhalb von Krewelin genug Wasser durchzuleiten, soll geprüft werden, ob das Döllnfließ durch einen Düker unter dem Voßkanal an die Schnelle Havel angeschlossen werden kann.

Für **Starkregenereignisse**, die durch den Klimawandel immer häufiger werden dürften, wollen wir planen, wie **im Notfall schnelle Abflüsse** erreicht werden, aber auch wie derart unverhoffte **Wassergeschenke der Natur gespeichert** werden können. Hierzu sind Vorranggebiete für Wasserspeicherung wie auch für rasche Abflüsse in Zusammenarbeit mit den Gemeinden sowie den Wasser- und Bodenverbänden auszuweisen.

2.3 Klimaschutz und Energiewende voranbringen

Ob Überschwemmung in Leegebruch, Sandsturm in Gransee oder Waldsterben bei Freienhagen, die Auswirkungen des Klimawandels sehen wir in den letzten Jahren auch in Oberhavel immer deutlicher. Dabei sind die Veränderungen nicht allein auf unsere Umwelt beschränkt, sondern greifen unmittelbar in unser wirtschaftliches und soziales Leben ein.

Zusätzlich sind wir mit weltweit wirkenden Krisen konfrontiert, so etwa dem Ukraine-Krieg, welche Planungen und sicher geglaubte Entwicklungen über den Haufen werfen. Dadurch hat gerade die Frage der Energieversorgung und ganz besonders die der Wärmewende Auswirkungen auf uns alle. Dabei ist eines klar: Es gibt keinen Weg zurück in die Sicherheit versprechende Normalität der Vergangenheit, sondern wir müssen uns gemeinsam einer dynamischen Zukunft stellen.

Um den Klimaschutz im Landkreis voranzubringen, haben wir für die Erstellung eines **Integrierten Klimaschutzkonzeptes** gekämpft und dieses auch erreicht. Das Konzept beschreibt die Auswirkungen des Handelns der Verwaltung und kreisunmittelbaren Wirtschaftsbetriebe auf den Klimawandel und hieraus abzuleitende Maßnahmen. Allerdings haben die Mehrzahl der **Städte und Gemeinden in Oberhavel** jeweils **eigene Klimaschutzkonzepte** aufgestellt. Wir meinen aber, dass es gemeinsamen Handelns bedarf und setzen uns daher dafür ein, die **unterschiedlichen Aktivitäten zu bündeln**.

Wir treten dafür ein, dass die Stelle der **Klimaschutzmanager*in** des Landkreises Oberhavel **entfristet** und langfristig gesichert wird. Neben der Aufgabe der Arbeit am Klimaschutzkonzept des Landkreises soll das Aufgabenfeld um **eine koordinierende Funktion für die Zusammenarbeit mit und zwischen den Städten und Gemeinden erweitert** werden. Vorhaben des Landkreises sollen von der Klimaschutzmanager*in standardmäßig auf Klimaverträglichkeit geprüft werden. Das Klimaschutzkonzept und der dazu gehörende Maßnahmenplan des Landkreises ist regelmäßig fortzuschreiben und um einen Plan zur Anpassung an den Klimawandel zu erweitern.

Städte und Gemeinden stehen aktuell vor der Herausforderung, kommunale **Wärmeplanungen** auf den Weg zu bringen. Insbesondere im Süden unseres Landkreises, bedingt durch die räumliche Nähe vieler Kommunen, halten wir die **Erstellung in Zusammenarbeit der Kommunen für sinnvoll**.

Auf der Ebene des Landkreises befürworten wir die **Gründung eines Kreiswerkes**, welches den Aufbau, Betrieb und Koordination zentraler Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung ermöglicht.

Für die Bautätigkeit des Landkreises, so etwa für neu zu errichtende Schulen, haben wir erreicht, dass diese spätestens ab 2030 klimaneutral betrieben werden. Die große Aufgabe, auch den bisherigen Gebäudebestand energetisch zu sanieren, steht noch aus. Wir setzen uns dafür ein, dass die **energetische Sanierung der kreiseigenen Gebäude** mit dem **Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2045** abgeschlossen wird. Für die Sicherung des Vorhabens setzen wir uns für die Aufstellung eines konkreten Zeitplans und die Verankerung der Sanierungsvorhaben in die mittel- bis langfristige Finanzplanung ein.

Wir treten weiterhin dafür ein, dass jedes Dach der kreiseigenen Gebäude, welches die Voraussetzungen erfüllt, mit Photovoltaikanlagen ausgestattet wird. Mit der Einführung der Biotonne in Oberhavel hat der Landkreis einen wichtigen Schritt in Bezug auf die mögliche Inwertsetzung von Reststoffen getan. Aktuell wird der Biomüll jedoch ausschließlich als Kompost verwertet. Damit wird sein Potential nicht ausgeschöpft, zudem entstehen hier wiederum in erheblichem Umfang Klimagase. Die Absicht des Landkreises, den **Biomüll zukünftig über eine Biogasanlage energetisch zu verwerten**, unterstützen wir daher ausdrücklich und wollen für eine zügige Umsetzung dieses Vorhabens sorgen.

Im Norden Oberhavels, in Zehdenick, wird die Erschließung und Ausbeutung eines Erdgasfeldes geplant. Angesichts der Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Nutzung fossiler Energien lehnen wir dieses Vorhaben ab.

2.4 Agrarwende lokal gestalten

Sowohl der Klimawandel als auch das Artensterben werden wesentlich durch landwirtschaftliche Landnutzungsformen beeinflusst bzw. verstärkt. Es ist offensichtlich, dass Landwirtschaft nicht mehr wie bisher allein durch marktwirtschaftliche Wachstumslogik bestimmt werden darf. Neben einer konsequenten Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, der Gestaltung des rechtlichen Rahmens und der Förderpolitik durch Bund und Land, ist auch die Lokalpolitik in Oberhavel gefordert, die Agrarwende auf den Weg zu bringen.

2.4.1 Gemeinwohlorientierte Verpachtung einführen

Zentraler Baustein der Agrarwende sind vielfältige und regional verankerte Betriebe. Der Entwicklung einer solchen Struktur stehen aber insbesondere hohe Pachtpreise, intransparente Zugangsverfahren zu Acker- und Grünland und der Druck außerlandwirtschaftlicher Investoren entgegen. Für **kommunales Pachtland** fordern wir daher eine **transparente Vergabepaxis** und die Orientierung an **Gemeinwohlkriterien**, wie sozialen Leistungen oder der Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Praxis.

2.4.2 Lebensmittelwirtschaft fördern

Für eine Neuausrichtung landwirtschaftlicher Praxis ist die Erschließung neuer (bzw. alter) Geschäftsfelder zwingend: die Versorgung der Region mit Lebensmitteln und Energie. Sowohl Verarbeitung landwirtschaftlicher Urprodukte als auch Handelsstrukturen für regionale Erzeugnisse sind in Oberhavel aktuell kaum bis gar nicht vorhanden. Wir fordern den Landkreis Oberhavel daher auf, in der **Wirtschaftsförderung des Kreises einen Schwerpunkt im Bereich regionaler Lebensmittelwirtschaft und den Aufbau einer regionalen Verarbeitung** landwirtschaftlicher Urprodukte zu setzen.

2.4.3 Proaktive Unterstützung der Direktvermarktung

Für die Stärkung der **Direktvermarktung** kann nicht länger auf eine landesweite Struktur gesetzt werden, vielmehr bedarf es hier **lokaler Ansätze**. Wir fordern den Landkreis Oberhavel auf, neben der Förderung von pro agro e.V. eine **feste Stelle für die Entwicklung regionaler Vermarktungswege** einzurichten.

2.4.4 Förderung des ländlichen Raumes nach gemeinwohlorientierten Grundsätzen

Projekte und Initiativen zur Entwicklung des ländlichen Raumes werden im Wesentlichen über die sogenannte „zweite Säule“ der Agrarförderung unterstützt. Insbesondere der hier durch die Lokale Aktionsgruppe „Obere Havel e.V.“ gesetzte Schwerpunkt der Förderung regionaler Wirtschaft muss sich an der Unterstützung der Agrarwende orientieren. Wir fordern eine **Fokussierung auf die Beratung und Förderung von Vorhaben landwirtschaftlicher Betriebe und der Lebensmittelwirtschaft mit Orientierung auf gemeinwohlorientierte Kriterien**.

2.4.5 Gemeinschaftsverpflegung: regional und ökologisch

In den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung des Landkreises aber auch der Städte und Gemeinden muss der Einsatz regionaler und ökologischer Produkte zum Standard werden. Wir fordern den Landkreis, aber auch die Städte und Gemeinden auf, bei **Neuausschreibungen in der Gemeinschaftsverpflegung den Anteil regionaler und ökologisch produzierter Produkte mit mindestens 50% anzustreben** und hierfür bspw. den Nachweis durch das aktuell eingeführte Brandenburg-Siegel zu nutzen.

3. Mobilität, garantiert nachhaltig und umfassend

Nachhaltige Mobilität auch in eher dünn besiedelten Gebieten wollen wir ausbauen und für Alle ermöglichen. Der Landkreis hat sich hierbei viel zu lange zurückgehalten. Das wollen wir ändern. Andere Landkreise sind hier schon viel weiter.

Die **Oberhavel Verkehrsgesellschaft mbH (OVG)** möchten wir zu einem **Mobilitätsdienstleister** weiterentwickeln, der neben dem klassischen Busverkehr auch Linienbedarfsverkehr ohne Bindung an beschilderte Haltestellen und ohne feste Linienführung sowie einen Car- und eBike-Verleih anbietet. Dies ist vor allem dort nötig, wo der Busverkehr im Liniendienst an seine Grenzen stößt. Damit wollen wir den zukünftigen Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen endlich besser gerecht werden. Das eigene Auto soll für die täglichen Wege nicht mehr zwingend als das einzige Mittel der Wahl gesehen werden. In Zukunft muss Mobilität in der gesamten Fläche des Landkreises ohne eigenes Auto gut möglich sein. Wir wollen sie daher im Sinne der Inklusion für alle im Landkreis verbessern. Aber auch schon bestehende Bus- und Bahnverbindungen wollen wir deutlich ausbauen.

Die Einführung des **Deutschlandtickets** ist ein großer Schritt für die Vereinfachung der ÖPNV-Nutzung. Für Oberhavel haben wir zusätzlich erreicht, dass Schülerinnen und Schüler nur 9 EUR für das Schülerticket bezahlen. Dieses kann, wie das Deutschlandticket, im gesamten Bundesgebiet im Regionalverkehr benutzt werden. Das wollen wir **beibehalten**.

Seit 2014 sind in Brandenburg nach und nach insgesamt 40 **PlusBus-Linien** eingeführt worden. Das Besondere an diesen Linien ist: Die Busse fahren im Stundentakt mit werktäglich mindestens 15 Bussen je Richtung. Der Landkreis Oberhavel hat 9 Jahre gebraucht, seine erste PlusBus-Linie zu eröffnen. Das hat viel zu lange gedauert und ist deutlich zu wenig. Es muss auch **in Oberhavel erheblich mehr solcher Qualitätslinien** geben.

Über die Mitgliedschaft des Landkreises im VBB wollen wir uns dafür einsetzen, dass die **Zug- und S-Bahnverbindungen vor Allem von und nach Berlin verbessert werden**. Wir setzen uns für einen 10-Min-Takt auf der **S1** zwischen Oranienburg und Frohnau sowie der **S8** zwischen Bornholmer Straße und Birkenwerder ein. Die **Regionalbahnverbindungen** von Oranienburg und Kremmen in die Bundeshauptstadt sollen in den Hauptverkehrszeiten verstärkt und in Birkenwerder ein zusätzlicher Haltepunkt für alle Regionalbahnlinien eingerichtet werden. Wir werden uns für die direkte Anbindung von Kremmen, Velten und Hennigsdorf durch den Prignitzexpress über Tegel nach Gesundbrunnen und die Wiederaufnahme des Betriebs der Heidekrautbahn auf der Stammstrecke über Mühlenbeck nach Wilhelmsruh und Gesundbrunnen einsetzen. Zusammen mit Liebenwalde und dem Land Brandenburg wollen wir die Zugverbindung nach Liebenwalde wieder aufbauen und betreiben. Velten muss endlich wieder an das S-Bahnnetz angeschlossen werden.

Wir setzen uns für den 30 Minuten-Takt auf dem **RE 5** zwischen Berlin, Oranienburg und Neustrelitz ein. In Löwenberg und in Dannenwalde sollen die Züge im Stundentakt halten. Die Reisezeit zwischen Templin und Zehdenick und dem Berliner Zentrum soll mit kurzen Umstiegen in Oranienburg um 15 Minuten verkürzt werden.

Wir engagieren uns dafür, dass im **Straßenbau der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“** gilt. Marode Straßen und Brücken müssen erneuert werden. Da gibt es einen hohen Rückstand. Beim Ausbau der **B96** muss das Ziel einer schnellen Verbindung mit den Zielen von Umweltschutz und möglichst geringer Flächenversiegelung in Ausgleich gebracht werden. Zwischen Oranienburg-Nord und Löwenberg ist der Neubau einer zweistreifigen Straße mit einigen Überholspuren völlig ausreichend, zumal die bisherige B96 für den lokalen Verkehr weiter bestehen bleibt. In Fürstenberg soll eine zweispurige B96 mit Tempo 50 parallel zur Bahn in Tieflage statt durch den Naturpark gebaut werden. Zwischen Fürstenberg und Löwenberg soll die bestehende B96 durch einige Überholspuren erweitert werden und nicht, wie geplant, Wald, Wiesen und landwirtschaftliche Flächen für den Neubau einer dreispurigen Straße neben der alten Straße vernichtet werden.

Wir wollen den **Radverkehr** im Landkreis besonders für alltägliche Fahrten fördern und seinen Anteil am gesamten Verkehrsaufkommen deutlich erhöhen. Dazu müssen die Bedingungen für Radfahrende, besonders auch für Kinder und Jugendliche, in Oberhavel dringend verbessert und sicherer gemacht werden. Der Radverkehr soll auf Hauptstraßen innerhalb geschlossener Ortschaften, wo immer möglich, eigene Radfahrstreifen auf der Fahrbahn erhalten und dadurch sicherer werden. Radwege dürfen nicht einfach am Ortsanfang enden. Schlechte Radwege sollen entsprechend den Richtlinien für Radwege ertüchtigt werden. Radwege müssen von Laub und Schnee geräumt werden. Die Ampelphasen müssen für Radfahrer und Fußgänger optimiert werden. Wir brauchen einheitliche Standards zur Ausschilderung und Markierung von Radverkehrsanlagen. Radfahrende müssen einfach und schnell erkennen, wo sie sicher fahren können. An stark befahrenen Kreuzungen sind Fahrradwege farblich deutlich zu kennzeichnen.

Wir bieten den Städten und Gemeinden in Oberhavel an, **überörtliche Radwege**, wie zum Beispiel der Radweg Berlin-Kopenhagen, ähnlich wie bei Kreisstraßen, in die Baulastträgerschaft des Landkreises zu übertragen, der sich um die Unterhaltung dieser Strecken kümmert. Nur so kann ein zusammenhängendes und attraktives Radwegenetz im ganzen Landkreis entstehen und auch auf einem einheitlichen Qualitätsstandard erhalten werden.

Wir wollen die **Zugänge zum Bus- und Bahnverkehr** optimieren. Hierzu gehören auch ausreichend überdachte und sichere Abstellanlagen für Fahrräder, eBikes und Pedelecs an allen Bahnhöfen.

4. Wohlstand und Lebensqualität für Alle

4.1 Kinder, Jugendliche und Familien gehören in den Mittelpunkt

Die Zukunft unserer Kinder, Jugendlichen und Familien steht im Mittelpunkt unserer Politik. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für gute Bildung und Chancengleichheit für alle. Denn in Deutschland hängt die Möglichkeit auf Bildung und Teilhabe immer noch stark von der sozialen Herkunft ab. Das muss sich ändern. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen die besten Startbedingungen bieten und stellen ihre individuelle Förderung in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe in den Mittelpunkt.

Um dieses Ziel zu erreichen, **denken wir vernetzt** und planen weitsichtig in allen Bereichen. Von den "**Frühen Hilfen**" über die **vorschulische Bildung bis hin zu unseren Schulen und dem außer-schulischen Bildungs- und Freizeitbereich**. Unser langfristiges Ziel sind Kindertagespflegestellen und Kindertagesstätten (KiTa) wie auch Freizeiteinrichtungen, (Sport-)Vereine und Schulen, die alle Begabungen, Kulturen und Lebensformen akzeptieren und jedem Kind und Jugendlichen die bestmöglichen Voraussetzungen bieten.

Auf den Anfang kommt es an. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass **werdende Eltern** gute **Beratungsangebote** erhalten und im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch medizinische, psychologische und soziale Hilfen bekommen. Auch die **Erzieher*innen** sollen zeitgemäße fachliche **Weiterbildungen und Personalentwicklungsmöglichkeiten** erhalten. Zudem möchten wir das erfolgreiche Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) weiter ausbauen.

Der Landkreis Oberhavel steht in der Pflicht, die Qualität der **Kindertagesbetreuung (KiTa)** und die Bereitstellung passgenauer Kinderbetreuungsangebote sicherzustellen. Wir wollen eine **Neuausrichtung und Neugestaltung der KiTa-Bedarfsplanung** erreichen, bei der die Kinder und Eltern aktiv einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine Harmonisierung der Bezahlung aller Tagesväter und mütter ein.

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mehr Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder zu ermöglichen, müssen wir dringend in den **Ausbau von Krippen, Kitas und Horten** investieren. Wir wollen kreisweit für ausreichend Betreuungsplätze und verlängerte Öffnungszeiten sorgen. Dabei soll die kindliche Bildung aus den Augen und Bedürfnissen der Kinder heraus gestaltet werden, mit guter räumlicher, fachlicher und personeller Ausstattung. In Schwerpunkteinrichtungen wollen wir zusätzliche Angebote ermöglichen, um unterschiedliche Startchancen von Kindern frühzeitig auszugleichen.

Eine wirksame **Jugendhilfe** ist unerlässlich. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass im Jugendhilfeausschuss ein fachpolitischer Diskurs geführt wird und verantwortliche Entscheidungen getroffen werden. Die Wartezeiten im Jugendamt müssen verkürzt werden, indem der Personalschlüssel entsprechend aufgestockt wird. Zudem möchten wir die Bedingungen für Träger der freien Jugendhilfe in der sozialen Arbeit verbessern und eine enge Kooperation zwischen Jugendamt und den freien Trägern ermöglichen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe muss gestärkt werden, um Jugendliche in ihrer Lebenswelt zu erreichen und ihnen niedrigschwellige Hilfsangebote anzubieten.

Sozialpädagogische Arbeit in den Schulen ist von großer Bedeutung. Daher soll Schulsozialarbeit nicht nur an Oberschulen, Förderschulen und Oberstufenzentren, sondern auch an Grundschulen angeboten werden. Diese Arbeit soll vom Landkreis finanziert werden. Zudem sollen bestehende Schulprojekte mit Perspektive auf Kontinuität finanziert und neue Angebote geschaffen werden.

Wir haben die Verantwortung, die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen positive zu gestalten. Mit unserer Politik für Kinder, Jugendliche und Familien setzen wir uns für gute Bildung, Chancengleichheit und eine starke Jugendhilfe ein. Gemeinsam mit den Jugend- und Sozialverbänden wollen wir dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen die bestmöglichen Startbedingungen erhalten und ihre individuellen Potenziale entfalten können. Denn nur so können wir eine gerechtere und lebenswerte Gesellschaft für alle schaffen.

4.2 Ein selbstbestimmtes Leben in jedem Alter

Den Älteren in unserem Landkreis wollen wir die Chance geben, sich rege am öffentlichen Geschehen zu beteiligen und lange selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu leben. Hierzu braucht es altengerechten und den Renten angepassten, **bezahlbaren Wohnraum**. Ein **barriere-freies Umfeld** ist für die Senior*innen ebenso wichtig wie für Menschen mit Behinderungen oder auch Eltern mit Kinderwagen. Wir werden uns für die **Erstellung eines Altenhilfeplanes** einsetzen und die Verbesserung der sozialpädagogischen Betreuung der Senior*innen prüfen.

Etwa ein Drittel der Menschen in Oberhavel befinden sich im Seniorenalter. Wir möchten diesen Menschen eine Stimme geben und befürworten deshalb einen **Kreissenorenbeirat** mit Rederecht in den Ausschüssen und den Kreistagsitzungen.

Barrierefreiheit im gesamten Landkreis ist für uns ein Muss. Zehn Prozent der in Oberhavel lebenden Menschen haben einen offiziell anerkannten Grad der Behinderung. Diesen Menschen soll, gemäß der UN-Behindertenkonvention, Chancengleichheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Hierzu zählen wir nicht nur barrierefreie Straßenquerungen, Fahrstühle oder Informationsmaterial in Brailleschrift, sondern auch die Schaffung von technischen Voraussetzungen, um die Möglichkeiten, die heutzutage im Rahmen der Digitalisierung angeboten werden, zu nutzen. Hierfür wollen wir die finanziellen Mittel bereitstellen.

Nicht vergessen werden darf die **medizinische Versorgung** in Zeiten von fehlenden Nachfolgern für niedergelassene Ärzte, ganz besonders im nördlichen Raum des Landkreises. Der Erhalt und der Ausbau aller Einrichtungen der Oberhavel-Kliniken ist daher für uns selbstverständlich.

Wir setzen uns ein für einen **würdevollen Umgang mit Menschen ohne Arbeit und Menschen in Not**. Unser Ziel ist, schnelle Hilfe im Bedarfsfall, Beratungsangebote zur Verhinderung von Extremsituationen und psychosoziale Betreuung im Jobcenter zur schnelleren und besseren Eingliederung in das Erwerbsleben anzubieten. Wir erwarten von der Mittelbrandenburgischen Sparkasse einen höheren Zuschuss für die Schuldnerberatung im Landkreis.

Familienzentren wollen wir ausbauen. Oberhavel braucht mehr als eine solche Einrichtung um vor allem Familien in Not zu erreichen. Die vorhandenen Beratungs- und Hilfeangebote wollen wir noch bekannter machen und weiter ausbauen.

4.3 Für ein soziales und gerechteres Oberhavel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhavel stehen ein für ein Oberhavel, dessen Basis auf Solidarität und sozialer Gerechtigkeit beruht. Allen Menschen dieses Landkreises soll eine gleichberechtigte Teilhabe in dieser, unserer Gesellschaft möglich werden. Jede und jeder soll die Möglichkeit auf ein menschenwürdiges Leben in Oberhavel erhalten.

Hierzu braucht es mehr und bessere Sozialberatung, ein wirksames Armutspräventionskonzept, wirksame Integrationsmaßnahmen nicht nur für Zuziehende und ausreichend Wohnraum mit sozial verträglichen Mieten. Wir möchten die kreiseigenen Gesellschaften nutzen, in Zukunft mehr solcher Wohnungen zu bauen.

4.3 Willkommenskultur stärken - Zuwanderung ist Vielfalt und Bereicherung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Willkommenskultur im Landkreis Oberhavel ein. Wir wollen Voraussetzungen und Strukturen für eine schnelle und gleichberechtigte Teilhabe der Geflüchteten und Migrant*innen an und in unserer Gesellschaft schaffen und stärken.

Nach der Entscheidung der Landesregierung werden fast nur noch Geflüchtete mit sogenannter Bleibeperspektive auf die Landkreise und damit auch nach Oberhavel verteilt. Diese Menschen werden also mit hoher Wahrscheinlichkeit eine längere Zeit bei uns bleiben. Daher treten wir dafür ein, die **Anstrengungen zur Integration dieser Menschen** in unsere Gesellschaft zu verstärken.

Wir schließen uns den Empfehlungen des Flüchtlingsrates Brandenburg an und werden uns für die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes für Asylsuchende in Oberhavel einsetzen. Wir stehen zu unserer Verantwortung, Menschen, die zu uns gekommen sind, unterzubringen. Dies soll **vorrangig dezentral in Wohnungen oder Wohngemeinschaften** erfolgen. Eine dauerhafte Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wollen wir vermeiden, die Heranziehung von in schulischer Nutzung befindlichen Sporthallen oder Schulgebäuden lehnen wir ab. Den Bau bezahlbarer Wohnungen, nicht nur für Geflüchtete, wollen wir daher fortsetzen.

Die Menschen, die zu uns kommen, werden dringend gebraucht. Sie schnell und nachhaltig in Arbeit zu bringen ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Integration. Das **Jobcenter** Oberhavel wollen wir durch **mehr Personal und Mittel** dazu befähigen, diese Aufgabe immer besser zu erledigen.

Sprachschulungen speziell für Geflüchtete und migrierte Fachkräfte sind eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration. Wir setzen uns daher für ausreichende, passgenaue Angebote ein. Eine schnellere und unkomplizierte Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Studienabschlüssen sowie abgeschlossenen Berufsausbildungen fördern eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt und entlasten nachhaltig die Sozialkassen.

Symbolpolitik und grundlose Diskriminierung von Geflüchteten, wie etwa durch die Einführung einer Bezahlkarte, lehnen wir ab.

4.4 Demokratie, Transparenz, Verwaltung, Digitalisierung

Demokratie ist mehr als nur das Recht zu wählen. Demokratie bedeutet, dass jeder einzelne Einwohner und jede **einzelne Einwohner*in die Möglichkeit hat, aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen** und diese mitzugestalten.

Wir wollen den Menschen in unserem Landkreis die Möglichkeit geben, sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft zu beteiligen. Dafür haben wir bereits erste Formate zur besseren Beteiligung erarbeitet und umgesetzt. So werden z. B. Kreistags- und Ausschusssitzungen per Video aufgezeichnet und detaillierte Schriftprotokolle veröffentlicht. Zudem werden wir das Kreistagsinformationssystem attraktiver gestalten und den Zugang vereinfachen. Auch die vom Kreistag gebildeten Beiräte sollen grundsätzlich öffentlich tagen, um allen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Presse umfangreiche Einblicke in die Politik vor Ort zu ermöglichen.

Mit unserer **geplanten Beteiligungsplattform "Oberhavel gemeinsam gestalten"** möchten wir allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, Projekte einzureichen oder zu unterstützen. Sobald genügend Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden sind, soll der Kreistag verpflichtet werden, über das Projekt zu entscheiden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen den Menschen im Mittelpunkt von Verwaltung. Wir machen die Dienste für Bürger*innen zukunftsfähig. Solange eine Vielzahl von Serviceleistungen nicht online verfügbar ist, können sie nicht von den Bürger*innen in Anspruch genommen werden. Dies ist nicht mehr zeitgemäß und geht am Bedarf vorbei. Es gibt viele Menschen in unserem Landkreis, die aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind, persönlich die Dienste für Bürger*innen aufzusuchen. Sei es aufgrund von Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder weil sie in ländlichen Regionen wohnen, in denen die Wege zu den Behörden lang und beschwerlich sind. Es ist an der Zeit, dass wir diese Menschen nicht im Stich lassen und ihnen die Möglichkeit geben, die **Dienstleistungen online zu nutzen**.

Die im Rahmen der Verwaltungstätigkeit anfallenden statistischen bzw. nicht personenbezogenen Daten sollen der Öffentlichkeit im Rahmen einer OpenData-Strategie maschinenlesbar im Internet zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus ist es unser Ziel, dass der Landkreis Oberhavel an der **Hotline für Bürger*innen 115** teilnimmt. Diese zentrale Behördeneinwahlnummer ermöglicht es den Oberhaveler*innen, die Dienstleistungen des Landkreises einfach und unkompliziert zu erreichen. Es ist an der Zeit, dass wir diesen Schritt gehen und unseren Bürger*innen einen besseren Service bieten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hören die Bedürfnisse der Menschen und nehmen sie ernst. Daher wollen wir die Mitspracherechte für Betroffene stärken und etablieren. Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, Eltern von kleinen Kindern und Senior*innen wissen am besten, welche speziellen Anforderungen und Bedürfnisse sie haben.

Das bisherige System der Beauftragten in der Kreisverwaltung hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Wir brauchen **neue Lösungen**, die sicherstellen, dass Betroffene effektiv Gehör finden und in die Planungen frühzeitig einbezogen werden. Ein **erster Schritt** in die richtige Richtung ist die **Anerkennung des KiTa-Elternbeirats**. Diesem dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden und muss bei allen relevanten Themen angehört werden.

Des Weiteren sollen die **Funktionen der Gleichstellungs-, Behinderten- und Ausländerbeauftragten nicht länger von einer einzigen Person** wahrgenommen werden. Jede dieser Aufgaben erfordert spezifisches Fachwissen und eine individuelle Betreuung. Es ist an der Zeit, dass wir diese Funktionen auf mehrere Personen verteilen, um eine effektive Vertretung der Interessen zu gewährleisten.

4.5 Wirtschaft und Strukturwandel

Attraktive Gewerbe- und Industrieflächen sichern durch gute Arbeitsplätze und eine hohe Wertschöpfung den Wohlstand in der Region. Diese Flächen werden aber auch in Oberhavel zunehmend knapp. Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Nutzungen nimmt deutlich zu. Auch in Oberhavel gibt es zudem strukturschwache Regionen. Hier muss es zu einem sinnvollen Ausgleich kommen.

Die grenzenlose Ausweisung neuer Flächen kann nicht die Lösung sein. Vielmehr setzen wir zunächst auf eine **Reorganisation und Aufwertung bestehender Flächen**. So können untergenutzte Gewerbegebiete reaktiviert werden und stehen so für neue Gründungen und Ansiedlungen zur Verfügung. Die Aufwertung bestehender Gewerbe- und Industrieflächen soll der Entwicklung neuer Standorte immer vorgehen, auch wenn wir ohne neue Standorte nicht auskommen werden.

Wir wollen die kreiseigene Wirtschaftsförderung nutzen, um für die betroffenen Kommunen solche Flächen aufzuwerten oder zu entwickeln und Lösungen für strukturschwächere Regionen zu finden. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gelten hierbei die folgenden **fünf Grundannahmen**:

- Eine weitere Wirtschaftsentwicklung benötigt attraktive und gut ausgestattete Standorte.
- Zeitgemäße Gewerbe- und Industriestandorte brauchen eine gute Erschließung nicht nur auf der Straße, sondern auch mit Gigabit-Internet.
- Eine ÖPNV-Bedienung ist bereits bei der Planung vorzusehen, eine Schienenanbindung fallweise zu prüfen.
- Es muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiraum- und Wildnisflächen sowie intensiv genutzten Flächen geschaffen oder erhalten werden.
- Neue Gewerbe- und Industrieflächen müssen nachhaltig und klimaneutral sein.

Oberhavel hat schon seit längerem keinen Mangel mehr an Arbeitsplätzen, sondern an geeigneten Arbeitskräften. Die weitere **wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region steht und fällt daher mit der Attraktivität für geeignete Arbeitskräfte**. Der Bedarf konnte noch nie aus der Region allein heraus gedeckt werden. In Zukunft wird das noch weniger der Fall sein. Umso wichtiger wird die Zuwanderung sowohl aus anderen Regionen Deutschlands sowie dem europäischen und dem außereuropäischen Ausland. Eine entsprechende Weltoffenheit ist in Oberhavel grundsätzlich gegeben, muss aber erhalten und in Teilen auch noch ausgebaut werden.

Neue Formen der Arbeit sind darüber hinaus ebenso erforderlich, um die Erwerbstätigkeit der gut ausgebildeten und motivierten Bevölkerung des Landes zu erhöhen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher die **Möglichkeiten des mobilen Arbeitens** zum Beispiel durch den weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und eine hochwertigere Kindertagesbetreuung **verbessern** und ausbauen. Wir sehen erhebliches Potenzial in neuen Arbeitsformen wie Co-Working und Maker-Spaces und wollen die Städte und Gemeinden ermutigen und unterstützen, diese umzusetzen.

4.6 Kultur, Tourismus und Lebensqualität

Kultur prägt das Zusammenleben in Familien, Gemeinschaften und zwischen Generationen, einschließlich der Kommunen. Um eine breite Palette kultureller Aktivitäten sicherzustellen, **unterstützen wir freie Träger und Einrichtungen**, die dem Landkreis angehören. Dazu gehören Jugendclubs, Seniorentreffs, Musik- und Kunstschulen sowie Volkshochschulen, aber auch die Kirchengemeinden, die mit hochwertigen musikalischen Programmgestaltungen zur kulturellen Bereicherung unseres Landkreises beitragen. Kultur fördert den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen Menschen.

Im Bereich der **Kultur** spielen **engagierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen und Projekte** eine wichtige Rolle. Wir möchten diese in Zukunft unterstützen und damit die Zivilgesellschaft im Landkreis stärken. Dafür benötigen wir **Orte der Begegnung**, an denen Kultur geschaffen und präsentiert werden kann. Wir setzen uns für Gemeindehäuser ein und prüfen auch die Möglichkeit, Kirchen für verschiedene Zwecke zu öffnen, um ein lebendiges Miteinander zu ermöglichen.

Kultur begleitet uns in jedem Moment, verändert sich mit der Zeit und trägt zum Wandel in der Gesellschaft bei. Wir möchten **kurz- und langfristige Maßnahmen** zur Förderung der Kultur in einem **Oberhaveler Kulturentwicklungsplan** zusammenführen, der als Leitfaden für einen effizienten Einsatz von Ressourcen dient. Dafür ist eine deutliche Erhöhung des Haushaltsbudgets für "Kultur und Wissenschaft" erforderlich. Nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln können wir eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Kulturförderung gewährleisten.

Wir möchten die Kultur in unseren Kommunen im Landkreis vielfältig leben, gestalten und fördern. Eine enge Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Austausch aller Akteur*innen sind entscheidend, um Synergien zu schaffen und eine Kulturszene zu entwickeln, die nicht nur für Touristen attraktiv ist. Ein*e **Kulturbeauftragte*r für den Landkreis vernetzt Träger und Kulturschaffende aus allen Kommunen** in Oberhavel und führt sie an einem "Runden Tisch" zusammen.

Durch regelmäßige Treffen und Diskussionen können wir ein gemeinsames Verständnis für die Bedürfnisse und Herausforderungen der Kulturschaffenden entwickeln und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Dachorganisationen wie der Kreisjugendring sowie Leuchtturmprojekte wie die Genossenschaft Traumschiff sollen im Landkreis langfristig wirken können. **Freie Träger erhalten Unterstützung bei der Anwerbung von (Förder-)Mitteln und beim Fundraising durch eine aktive Fördermittelberatung.** Dadurch wird eine stärkere Dezentralisierung der Kulturangebote ermöglicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten, dass auch die **ländlichen Regionen Oberhavel** stärker von den Chancen einer **umfassenden Kulturförderung** profitieren können. Durch gezielte Maßnahmen und Investitionen können wir die kulturelle Infrastruktur in diesen Regionen stärken und attraktive Angebote schaffen. Eine aktive und finanziell sinnvoll ausgestattete Kulturförderung ist von großer Bedeutung für eine vielfältige und lebendige Gesellschaft. Dadurch können wir beispielsweise unkommerzielle Konzerte, Lesungen, Theater- oder Tanzprojekte mit hoher künstlerischer Qualität und überregionaler Ausstrahlung fördern. Innovative Projekte, die zur Integration beitragen und die Vielfalt der Kulturlandschaft stärken, sind wichtige Bestandteile dieser Kulturförderung. Ein zentraler Veranstaltungsort im Mittelpunkt des Landkreises soll große, kommerzielle Events anziehen und damit die kulturelle Attraktivität dieser Region anreichern. Dabei möchten wir alle verfügbaren Fördermittel aus Landes-, Bundes- und EU-Programmen nutzen.

4.7 Oberhavel und Europa

Oberhavel ist eine von weit über 250 Regionen der Europäischen Union. Das Europa der Regionen als politisches Konzept der Mitgliedsländer der EU zielt darauf ab, die Regionen in ihrer regionalen Eigenständigkeit zu unterstützen. Dazu gibt es eine Vielzahl von Aktivitäten und Programmen, die Vernetzungen mit anderen Regionen, aber vor allem auch die finanzielle Förderung von Projekten in wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen ermöglichen. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte im infrastrukturellen, aber auch wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bereichen wären ohne Fördermittel der EU in unserem Landkreis nicht möglich gewesen.

Wir haben wichtige Aufgaben zum Klimawandel in unserem Landkreis vor uns, die konsequent entsprechend der EU-Richtlinien (z.B. Green Deal) gebündelt und kompetent angegangen werden müssen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass **im Landkreis eine Ansprechperson ernannt wird**, die die Kommunikation zwischen Landesregierung mit unserer Landesvertretung in Brüssel bündelt, Bedarfe signalisiert, Förderprogramme kommunizieren und diese kompetent abrufen.